

Unser Semesterthema: Faire Löhne

Auf den ersten Blick stellt sich die Frage was faire Löhne mit Hochschulpolitik zu tun haben, auf den zweiten Blick wird klar, sehr viel. Egal ob aus Studiengebühren finanzierte Lehrkräfte für besondere Aufgaben, SicherheitsdienstlerInnen ohne Mindestlohn, studentische Hilfskräfte oder die LandwirtInnen die unsere Cafete beliefern. Immer wieder stellt sich die Frage wo an der Uni faire Löhne bezahlt werden - und wo nicht. Jener Frage wollen wir daher in diesem Semester nachgehen.

Den Auftakt bildet die Besichtigung von Gut Wilhelmsdorf.

Dieser Hof wurde 1995 zur ökologischen Landwirtschaft nach Bio-Regeln umstrukturiert und auch unsere Unimensa bezieht verschiedene Lebensmittel von dort. Bei einer einstündigen Führung wollen wir uns informieren inwieweit auch Biohöfe von niedrigen Milchpreisen betroffen sind und welche Möglichkeiten Biogasanlagen bieten um das Einkommen von LandwirtInnen aufzubessern. Selbstverständlich werden wir außerdem leckere Bioprodukte im Hofladen kaufen können (z. B. Bio-Caipi).

Wann: 29.10. 2009

Wo: 14:10 Stadtbahnhaltestelle Universität

oder 14:30 Uhr Hauptbahnhof Gleis 8

Wir fahren wir mit der Bahn bis Sennestadt und gehen zu Fuß zum Hof.

oder 15:10 Uhr am Hof

Für alle die mit dem Auto kommen, eine Anfahrtsbeschreibung und noch mehr Infos zum Hof findet ihr unter:

www.gut-wilhelmsdorf.de.

Die Führung ist selbstverständlich kostenlos, die Anreise funktioniert mit dem Semesterticket. Solltet ihr Interesse haben würden wir uns über eine Anmeldung unter info@juso-hsg-bielefeld.de freuen.

Impressum

Redaktionelle Mitarbeit (in alphabet. Reihenfolge): Wiebke Esdar, Sonja König, Kai Mürlebach, Mira Schneider, Johannes Zück. V.i.S.d.P.: Sonja König, c/o AStA Uni-Bielefeld, PF 100131, 33501 Bielefeld

Du möchtest mehr über die Bielefelder Hochschulpolitik erfahren? Für aktuelle Informationen besuche auch unsere Homepage oder unseren Twitter Feed:

www.juso-hsg-bielefeld.de bzw. twitter.com/juso_hsg



Studiengebühren: Die (traurige) Chronologie

Mit eurer Einschreibung so wie erneut mit jeder Rückmeldung überweist ihr der Uni 350 Euro Studiengebühren. Das sind genau 350 Euro zu viel Geld für freie Bildung. Das finden mit uns auch rund 80 % der Studierenden an dieser Uni. Diese Zahl haben wir uns nicht ausgedacht, sondern sie ist das Ergebnis des Gebührenkompass, einer Studie der Uni Hohenheim, die fragt, welche Meinung die Studierenden zu Studiengebühren haben. Neben der breiten Ablehnung von Studiengebühren sind mehr als 90% der Studierenden mit der Informationspolitik über die Verwendung der gezahlten Gelder unzufrieden. Wir setzen uns als Hochschulgruppe in den Gremien der Universität aber auch darüber hinaus gegen Studiengebühren und für mehr Transparenz bei deren Verwendung ein. Wie das bisher aussah und was in Bielefeld zum Thema Studiengebühren in den letzten drei Jahren passiert ist haben wir euch hier noch einmal aufgelistet:

1. Februar 2006

Unter lautstarkem Protest von rund 3000 Studierenden im überfüllten AudiMax beauftragt der Senat die Lehrkommission, eine Satzung zur Erhebung von Studiengebühren zu erstellen. Zu diesem Zeitpunkt existiert noch kein Gesetz, dass die Erhebung überhaupt möglich macht.

1. Februar bis 06. März 2006

Das Rektorat wird von Studierenden aus Protest gegen die geplante Studiengebühreneinführung besetzt.

16. März 2006

Die schwarz-gelbe Mehrheit im NRW-Landtag verabschiedet das HFGG, das ‚HochschulFinanzierungsGerechtigkeitsGesetz‘, das es den Hochschulen in NRW ermöglicht in eigenen Beitragssatzungen bis zu 500 Euro/Semester Studiengebühren zu erheben.

12. Juli 2006

Der Senat der Universität Bielefeld beschließt mit den Stimmen der professoralen Mehrheit in dem abgeriegelten Senatsraum die erste Beitragssatzung, zwei der vier studentischen SenatorInnen werden vom Sicherheitsdienst an der Teilnahme der Sitzung gehindert. Eine Staffellung mit bis zu 500 Euro (für Erstsemester) ist vorgesehen. Die Studierendenschaft klagt sowohl gegen die Satzung, als auch gegen deren Zustandekommen.

1. Juni 2007

Das Verwaltungsgericht Minden erklärt die Beitragssatzung aufgrund der vorgesehenen Staffellung für nicht rechtmäßig. Die bisher eingenommenen Gebühren werden daraufhin ‚eingefroren‘ und liegen seitdem auf Konten der Uni wo sie munter Zinsen abwerfen.

4. Juli 2007

Der Senat beschließt –erneut mit der Mehrheit der ProfessorInnen- eine zweijährige Übergangssatzung mit 350 Euro Studiengebühren für alle Studierenden. Wieder sprechen sich die Studierenden zusammen mit den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen gegen die Gebühren aus, aber selbst der Vorschlag eines Kompromisses mit weniger als 350 Euro scheitert an der strukturell gesicherten Mehrheit der ProfessorInnen im Senat.

WS 07/08 – SoSe 08

Die Uni lässt uns fleißig zahlen, die anfänglich eingerichtete Homepage zur Information über die Verwendung der Gebühren liegt aber brach. Immer wieder monieren unsere VertreterInnen in den Gremien wie dem Senat, dass es keine ausreichenden Informationen dazu gibt, was mit dem Geld passiert. In der Beitragssatzung, - die sich die Uni selbst gegeben hat- ist zudem ein Controlling vorgesehen. Dieses findet aber nicht statt, sodass im Mai 2007 schließlich eine der Vertreterin der Juso-HSG einen Antrag auf ein wissenschaftliches Controlling stellt. Dem Antrag wird zugestimmt. Es passiert jedoch nichts, nach Auskünften des Kanzlers, sei es nicht mehr möglich, nachträglich nachzuvollziehen, wo wann welches Geld wofür ausgegeben worden sei.

04. Februar 2009

Die Übergangssatzung läuft im Sommer 2009 aus, der Senat beschließt das dritte Mal Studiengebühren: Erstmals reden die ProfessorInnen mit uns, wenn auch nicht darüber, dass wir grundsätzlich keine Gebühren wollen.

Durch den Einsatz der studentischen SenatorInnen der Juso-HSG kann eine Erhöhung abgewendet werden. Es bleibt bei 350 Euro, die Befreiungsmöglichkeiten, z..B. bei Behinderung oder Kindererziehung, werden ausgeweitet.

SS 2009

Es gibt immer noch kein Controlling, die Homepage ist immer noch veraltet, das Rektorat verspricht weiterhin nachzubessern. Der Hochschulrat wird von Studierenden in einer Sitzung über die Probleme der Intransparenz und bei der Verwendung der Gebühren informiert. Die Juso-HSG zieht ihren Antrag auf Controlling zurück, wenn sich das Rektorat so lange sperrt, wird wohl weiterhin unklar bleiben, was mit unserem Geld geschieht.

03. November 2009

Über drei Jahre nach Einführung von Studiengebühren beschäftigen sich die Gerichte erneut mit der Klage gegen die Satzung. Kommt nun endlich die Rückzahlung der eingefrorenen Gelder?

Die letzten Jahre haben uns eins deutlich gemacht: Studiengebühren werden nicht durch einen Senatsbeschluss abzuschaffen sein, da dazu der Druck des vermeintlichen Sachzwangs zu groß ist und die professorale Mehrheit hinter der Idee von Studiengebühren steht. Tatsächlich zuständig für die Abschaffung der Gebühren sind diejenigen, die den Hochschulen die "Freiheit" gaben Gebühren zu erheben: die Landesregierung in Düsseldorf. Damit ist die Hochschule aber nicht aus dem Schneider. Auch sie muss sich tagtäglich für die Erhebung der Gebühren und für deren Verwendung verantworten.

Für uns bedeutet das:

- Weiterhin die Erhebung von Studiengebühren anprangern. Wir brauchen ein breites Bekenntnis zu freier Bildung!
- Die Gebührenströme verfolgen. Wir haben ein Recht darauf zu wissen was mit unserem Geld passiert!
- Vergabeentscheidungen kritisch hinterfragen. Studiengebühren dürfen weder zur Finanzierung von Forschung, noch für Bauvorhaben genutzt werden!
- Den Protest auf die Straße tragen. Unterstützung für den Bildungstreik!

Studiengebühren sind nicht festzementiert. Eine Abschaffung ist möglich. Hessen hat es vorgemacht und weitere Bundesländer werden folgen!
